

# SKOS CSIAS COSAS

Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe  
Conférence suisse des institutions d'action sociale  
Conferenza svizzera delle istituzioni dell'azione sociale  
Conferenza svizra da l'agid sozial

Bundesamt für Sozialversicherungen  
Effingerstrasse 20  
3003 Bern

Bern, den 23. September 2009

## **Vernehmlassung 6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket**

Sehr geehrter Herr Bundesrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zur 6. IV-Revision und die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen; als wichtiger Akteur in der Sozialhilfe ist die SKOS sehr an einer finanziell gesunden aber auch zweckmässigen Entwicklung der Sozialwerke interessiert.

Wir teilen die Sorge um die finanzielle Sicherung der Invalidenversicherung – wie auch etwa diejenige der Arbeitslosen- oder der Krankenversicherung – und unterstützten deshalb auch aktiv den Vorschlag einer Zusatzfinanzierung der IV. Wie viele andere sozialpolitisch tätigen Organisationen haben wir hingegen bereits im Rahmen der 5. IV-Revision darauf hingewiesen, dass die isolierten Sparreformen der einzelnen Sozialwerke längerfristig zu einer insgesamt unkoordinierten und unkontrollierten Verschiebung der Zuständigkeit für die grundlegende Existenzsicherung führen, von bundesweiten Versicherungsleistungen hin zu kantonalen und kommunalen bedarfsabhängigen Leistungen. Davon werden insbesondere die Menschen mit gesundheitlichen Schwierigkeiten betroffen sein, welche einerseits die Anforderungen der Arbeitslosenversicherung bezüglich Arbeitsfähigkeit nicht mehr erfüllen, andererseits aber keinen Zugang zu den Leistungen der IV haben, weil sie deren (immer engeren) diagnostischen Kriterien nicht entsprechen. Die Frage der Existenzsicherung für diese Personengruppe ist ein sozialpolitisches Problem aller Akteure, welches durch die Einschränkung der Zugangsbedingungen zu den Versicherungsleistungen nicht gelöst, sondern nur verschärft wird. In diesem Sinn plädieren wir erneut für einen Marschhalt der bestehenden Revisionsbestrebungen, um unter Einbezug aller Akteure der sozialen Sicherheit in der Schweiz zu prüfen, ob die bestehenden (und mit der Entwicklung des Arbeitsmarkts auch veränderten) Risiken mit den heutigen Instrumenten der Sozialversicherungen und der Sozialhilfe zielgerecht abgedeckt werden, respektive welche Massnahmen in dieser Hinsicht zu ergreifen sind. Dies ist unser Kernanliegen; im Folgenden nehmen wir deshalb nur kurz zu den einzelnen Revisionspunkten Stellung.

- **Eingliederungsorientierte Rentenrevision:** Unsere einleitenden Ausführungen beziehen sich natürlich insbesondere auf diesen Vorschlag, nach der 5. IV-Revision mit dem Ziel der beruflichen Eingliederung von Menschen vor einem IV-Rentenbezug („Eingliederung vor Rente“), neu zusätzlich ca. 12'500 RentenbezügerInnen „mit Eingliederungspotential“ aus der IV hinaus in eine Erwerbstätigkeit zurückzuführen (Rente als Brücke zur Eingliederung“). Grundsätzlich ist ein differenziertes Rentenrevisionsverfahren, welches auf die Entwicklung und das Potential der betroffenen Personen eingeht, zu begrüssen. Sie ist aber bereits unter den heutigen gesetzlichen Vorgaben möglich. Wenn hingegen vor Einführung dieser Massnahme bereits eine fixe Zielgrösse (und damit auch ein konkreter Einsparungsbetrag!) definiert wird, ist die Gefahr gross, dass diese auf Biegen und Brechen erreicht werden muss, ungeachtet der Folgen für die betroffenen Menschen und für die nach gelagerten Leistungsträger. Zusätzlich ist der Zeitpunkt für eine solche Massnahme ungünstig und verfrüht: wir wissen noch nicht, in welchem Masse der Arbeitsmarkt die Folgen der 5. IV-Revision absorbieren wird. Gemäss den Beobachtungen unserer Mitglieder zeichnet sich mit der Wirtschaftskrise bereits ab, dass gerade auch Menschen in gesundheitlich prekären Situationen ihre in konjunkturell besseren Zeiten erworbenen Arbeitsplätze nun nicht mehr (oder nicht mehr im gleichen Umfang) halten können. Betrachtet man darüber hinaus beispielsweise die Zahlen von „IPT Integration für alle“ – ein nicht unwichtiger Anbieter im Bereich der beruflichen Eingliederung von gesundheitlich beeinträchtigten Personen – so entspricht deren Platzierungsquote von 2008 einem Wert von 45.56% (Steigerung von 50% seit 2003). Wenn dies auch zweifelsohne ein stolzer Erfolg ist, konnte doch für über die Hälfte der betreuten Arbeit suchenden Personen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung keine geeignete Beschäftigungsmöglichkeit gefunden werden. In dieser Situation die berufliche Eingliederung von zusätzlich 12'500 Personen mit einer IV-Rente zu postulieren (welche darüber hinaus tendenziell weiter vom Arbeitsmarkt entfernt sind als Personen, welche noch keine Rente beziehen), scheint uns mehr als fragwürdig. Umso mehr, als der Eingliederungsdruck einseitig auf den betroffenen Personen und deren BeraterInnen liegt, nicht aber auf der Arbeitgeberseite. Wenn wir auch überzeugt sind, dass die Beratung und Unterstützung der Arbeitgeber bei der beruflichen Eingliederung von Personen mit Beeinträchtigungen ein zentrales Erfolgselement darstellt, bleibt die Frage, ob dies genügt oder ob nicht auch von ihnen ein stärkeres und formaleres „commitment“ verlangt werden soll. Die bereits vom Bundesgericht eingeleitete und seit dem 1. Januar 2008 im Artikel 7 Absatz 2 festgeschriebene grundsätzliche Verweigerung von Leistungen an Menschen, welche unter somatoformen Schmerzstörungen, Fibromyalgie und ähnlichen Sachverhalten leiden, möchten wir nicht eigens kommentieren, sondern wiederum darauf verweisen, dass damit zwar ein versicherungstechnisches Problem gelöst wird, nicht aber die sozialpolitische Fragestellung der Existenzsicherung dieser Personengruppe.
- **Neuregelung des Finanzierungsmechanismus:** wir können diesem Vorschlag zustimmen unter der Bedingung, dass die vorgeschlagene Entkoppelung der Bundesbeiträge von den Ausgaben der IV und deren Anpassung an die abdiskontierte Veränderungsrate der Mehrwertsteuereinnahmen des Bundes auch wirklich eine antizyklische Finanzierungspraxis des Bundes ermöglicht mit einem stärkeren Engagement in der Folge von wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

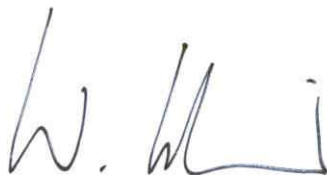
- **Assistenzbeitrag:** Das Ziel der erhöhten Selbstbestimmung für Menschen mit einer Behinderung teilen wir natürlich vollumfänglich. Das heisst, dass die Person mit Behinderung institutionelle Hilfe oder aber Hilfe und Unterstützung zuhause beanspruchen kann, je nach ihren individuellen Voraussetzungen und entsprechend ihrem Lebensentwurf. Soll aber der Assistenzbeitrag für eine grössere Anzahl von Menschen mit einer Behinderung und – a fortiori – für Menschen mit allen Behinderungsarten als freie Wahlmöglichkeit offen stehen, braucht es entsprechende Beratungs- und Unterstützungsangebote vor allem in der Anfangszeit. Auch sind die Zugangsbedingungen zu diesem Assistenzbeitrag äusserst restriktiv formuliert, so dass es nur einer kleinen Anzahl von Personen mit Behinderung überhaupt möglich sein wird, von diesem Angebot zu profitieren.
- Was die konkreten Abgeltungsmodalitäten betrifft, so wird sich zeigen müssen, welche Auswirkung der Ausschluss von Familienmitgliedern auf die praktische Wahlmöglichkeit der betroffenen Personen hat. Wenn es auch verständlich ist, dass die Diskussion um den Stellenwert der unbezahlten Arbeit nicht im Rahmen einer Revision der Invalidenversicherung geführt werden kann, kommt die Schweiz wohl gerade im Sozialbereich längerfristig um diese Debatte nicht herum.

Zusammenfassend möchten wir noch einmal betonen, dass für die SKOS eine gesunde und zweckmässige Entwicklung der Invalidenversicherung und der weiteren Sozialwerke oberste Priorität hat. Wir denken aber, dass die sozialversicherungsrechtlichen Revisionen der vergangenen Jahre die finanzielle Situation der ALV oder der IV vielleicht etwas zu entspannen vermochten, die eigentlichen Probleme in Zusammenhang mit den neuen Ausschlussmechanismen auf dem Arbeitsmarkt jedoch nur teilweise oder nicht zu lösen vermochten. Aus unserer Sicht ist es nun dringend notwendig, mit der Revisionslogik der einzelnen Versicherungszweige und Risiken innezuhalten, und in einer Gesamtschau die Realität der heutigen Risiken in Zusammenhang mit Erwerbsausfall oder -ausschluss sowie die möglichen Lösungsansätze zu analysieren.

In diesem Sinne hoffen wir auf eine entsprechende Bereitschaft seitens der betroffenen Akteure auf Bundesebene und danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

**Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe**  
**SKOS – CSIAS – COSAS**



Walter Schmid, Präsident der SKOS

Monbijoustrasse 22, Postfach, CH-3000 Bern 14  
T +41 (0)31 326 19 19, F +41 (0)31 326 19 10  
admin@skos.ch, www.skos.ch